

**Antrag**

Fraktion der CDU

Hannover, den 17.02.2016

**Politische Bildung in Niedersachsen stärken - Vielfalt der Träger und Akteure erhalten!**

Der Landtag wolle beschließen:

## Entschließung

Der Landtag stellt fest, dass die politische Bildungsarbeit in Niedersachsen auf dem Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung fußt. Sie hat zum Ziel, die Bedeutung der Grundrechte und der Werte unseres Gemeinwesens zu vermitteln und das Bewusstsein für die Bedeutung dieser Rechte und Werte zu schärfen.

Der Landtag stellt fest, dass in Niedersachsen politische Bildung in großem Umfang stattfindet. Es gibt vielfältige Angebote für alle Altersgruppen von der vorschulischen über die schulische bis hin zur Erwachsenenbildung. Politische Bildung erfolgt in Niedersachsen aus der Mitte der Gesellschaft. Sie wird ermöglicht durch eine außerordentlich große Vielfalt von Trägern und Akteuren:

- Beispielsweise erreichen allein die Träger der Erwachsenenbildung mit ihren Angeboten jährlich rund 100 000 Menschen in Niedersachsen. Dafür werden 5,3 Millionen Euro aufgewendet. Die in der letzten Legislaturperiode eingerichteten Demokratiezentren, die von der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung koordiniert werden, leisten hervorragende Arbeit.
- Das Europäische Informationszentrum organisiert landesweite Aktionstage, versorgt als erster Ansprechpartner für Europabildung alle Interessierten mit Informationsmaterial und vermittelt Ansprechpartner auf europäischer Ebene.
- Der Landespräventionsrat, die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, die politischen Stiftungen und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge engagieren sich ebenfalls in erheblichem Umfang in der politischen Bildungsarbeit. Sie werden mit Landesmitteln gefördert. Weitere Aktivitäten, die in verschiedenen Ministerien koordiniert oder von diesen gefördert werden, komplettieren das breit gefächerte Angebot der politischen Bildung in Niedersachsen.
- Insgesamt werden jährlich rund 10 Millionen Euro Landesmittel in der politischen Bildung eingesetzt.

Der Landtag begrüßt, dass die politische Bildung in Niedersachsen weiter gestärkt werden soll.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die Aufklärung über die Bedeutung des demokratisch kontrollierten Gewaltmonopols des Staates zu fördern,
2. die Aufklärung über die Gefahren von Links- wie Rechtsextremismus zu fördern und Präventionsangebote gegen jegliche Form des politischen Extremismus zu unterstützen,
3. die Antisemitismus-Prävention als Auftrag an die politische Bildung beizubehalten,
4. der Prävention gegen islamischen Extremismus und Salafismus besondere Beachtung zu schenken,
5. jeden Versuch der politischen Einflussnahme durch eine Landeszentrale auf die Träger der politischen Bildung zu unterlassen,
6. die Vielfalt der Träger und Akteure der politischen Bildung beizubehalten und zu fördern,

7. die Zuwendungen an die einzelnen Träger und Akteure nicht zugunsten einer Landeszentrale zu beschneiden,
8. die inhaltliche Unabhängigkeit der Angebote der verschiedenen Träger und Akteure nicht einzuschränken,
9. die Landeszentrale für politische Bildung als Dienstleister aufzustellen, der die Angebote der politischen Bildung bündelt, fördert und wissenschaftlich sowie didaktisch konzeptionell weiterentwickelt,
10. die Aufsicht über eine Landeszentrale einem unabhängigen und handlungsfähigen Beirat zu übertragen, der mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen und politischer Parteien besetzt ist,
11. die Arbeit der neuen Landeszentrale bis Ende 2019 in einem transparenten, wissenschaftlichen Verfahren zu evaluieren.

#### Begründung

Die derzeitige Struktur der politischen Bildungsarbeit in Niedersachsen beruht auf einer großen Vielfalt von Trägern und Akteuren. Dadurch werden alle inhaltlichen Bereiche der politischen Bildung abgedeckt. Diese Vielfalt gilt es zu sichern und zu fördern.

Eine Landeszentrale für politische Bildung kann die Funktion einer koordinierenden Instanz und eines Dienstleisters für die Träger und Akteure übernehmen. Dabei muss aber der zusätzliche Nutzen klar erkennbar sein. Die Einrichtung darf weder zu mehr Bürokratie noch zu höheren Ausgaben führen.

Neben einem Mindestmaß an administrativer Anbindung an die Landesverwaltung ist es unabdingbar, dass die Arbeit einer Landeszentrale durch ein externes Gremium kontrolliert wird. Dieser unabhängige und handlungsfähige Beirat muss mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen und politischer Parteien besetzt sein.

Insbesondere ist darauf zu achten, dass die Themenvielfalt der Angebote der politischen Bildung bestehen bleibt. Die Landeszentrale darf keinen politischen Einfluss auf die Träger nehmen. Sie muss vielmehr auf Ausgewogenheit der Angebote achten. So darf weder die Prävention von politischem Rechts- noch Linksextremismus vernachlässigt werden. Auch aktuelle Themen wie derzeit der islamische Extremismus und Salafismus sollten stets besondere Beachtung finden.

Jens Nacke  
Parlamentarischer Geschäftsführer